



Öffentliche Anhörung

zum Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle und zur Änderung anderer Gesetze (StandAG-Fortentwicklungsgesetz)

im Deutschen Bundestag, Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

am 13. Februar 2017

Stellungnahme von Greenpeace e.V., Hongkongstr. 10, 20457 Hamburg

Autor: Mathias Edler, Politikwissenschaftler
Hamburg, 2. Februar 2017

Inhalt

1. Ausgangslage
2. Bewertung
 - 2.1. Konstruktionsfehler
 - 2.2. Ausgewählte Beispiele für Fehler innerhalb der vorgegebenen Verfahrensstruktur durch StandAG und Kommissionsbericht
 - 2.3. „Lernendes Gesetz“
3. Handlungsempfehlung: Längerfristige Zwischenlagerung

1. Ausgangslage

Ein Blick in die bundesrepublikanische Vergangenheit zeigt, dass der Weg in die Sackgasse Endlager Gorleben, der gescheiterte Weg hin zu einer Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf, die Nutzung des inzwischen havarierten Atommüllendlagers Asse – kurz: sämtliche atompolitischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahrzehnte – sich auf parlamentarische Mehrheiten stützen konnten. In der politischen Frage nach der bestmöglichen Lagermöglichkeit für Atommüll, die unüberschaubar lange Zeiträume und ein kaum vorstellbares Gefährdungspotential betrifft, sind parlamentarische Mehrheiten allein KEIN Garant dafür, dass ein demokratisch im Parlament beschlossener Suchprozess a) zu einer „bestmöglichen“ und b) zu einer gesellschaftlich akzeptierten Lösung führt.

Vor diesem Hintergrund hat Greenpeace bereits im November 2012 ein Konzept vorgelegt, welches "Voraussetzungen für eine verantwortungsvolle und gesellschaftlich akzeptierte Endlagersuche in Deutschland" beschreibt.¹ Neben dem Ausschluss des geologisch ungeeigneten Salzstockes Gorleben wurden insbesondere zwei Voraussetzungen hervorgehoben: Die Entwicklung eines Suchverfahrens mit gesellschaftlicher Beteiligung VOR Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes und die Erörterung und Entwicklung von Alternativen zum bisher verfolgten Weg der tiefeingeologischen Lagerung.

Am 10. Juli 2013 hat Greenpeace im Umweltausschuss des Deutschen Bundestags folgerichtig die Empfehlung ausgesprochen, einen zu diesem Zeitpunkt bereits zwischen den Fraktionen von CDU/CSU, SPD und Grünen ausgehandelten Entwurf für ein Standortauswahlgesetz (im Folgenden: StandAG) mit zahlreichen Vorfestlegungen (ernsthafte Prüfung von Alternativen zu Tiefenlagerung und gesellschaftliche Verständigung über Vorgehen im vorgegebenen Zeitrahmen ausgeschlossen, Akteure und Ablauf des Suchverfahrens ohne Bürgerbeteiligung bereits festgelegt etc.) zu Gunsten eines einfachen Rahmengesetzes zurückzunehmen, das sowohl eine Alternativenprüfung als auch die gesellschaftliche Verständigung auf ein Suchverfahren erlaubt.²

Bundestag und Bundesrat haben anders entschieden, das StandAG verabschiedet und eine "Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfälle" (im Folgenden: Kommission) eingesetzt, die in dem vorgegebenen Rahmen ihre Arbeit ohne Widerspruch aufgenommen und inzwischen abgeschlossen hat. Greenpeace hat gemeinsam mit anderen atomkritischen Organisationen eine Mitarbeit in dieser Kommission abgelehnt und dies ausführlich begründet: "Wir sind nicht bereit, als Statisten Bürgerbeteiligung für einen Prozess vorzugaukeln, dessen Ergebnis - trotz aller wohlmeinenden Anstrengungen von Einzelnen in dieser Kommission - durch die falschen Rahmenbedingungen bereits vorgezeichnet ist. Der untaugliche Versuch einer simulierten gesellschaftlichen Verständigung zu dieser schwierigen Frage kann nur (...) auf Kosten von Rationalität und Demokratie durchgesetzt werden. (...)

¹ Greenpeace e.V. Voraussetzungen für eine verantwortungsvolle und gesellschaftlich akzeptierte Endlagersuche in Deutschland – Ablauf eines ergebnisoffenen, transparenten und fairen Suchverfahrens. Hamburg, Nov. 2012.

² Mathias Edler für Greenpeace e.V. Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Suche und Auswahl eines Standortes für ein Endlager für Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle und zur Änderung anderer Gesetze (Standortauswahlgesetz – StandAG). Anhörung des Umweltausschusses des Deutschen Bundestages am 10. Juni 2013.

Wir sind davon überzeugt, dass wir als Umweltgruppen nicht den geringsten Eindruck erwecken dürfen, an einem falschen Spiel mitzuwirken."³

Am 5. Juli 2016 hat die "Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe" ihren Abschlussbericht vorgelegt, auf dessen Grundlage das Gesetz nun evaluiert werden soll.⁴ Dazu wurde den aktuell geladenen Sachverständigen eine seit dem 21.12.2016 vorliegende, von den Fachressorts entwickelte "Formulierungshilfe"⁵ zugesendet, die einen Abgleich der Forderungen aus dem Kommissionsbericht mit der Implementierung in das Gesetz ermöglichen soll.

2. Bewertung

Bis heute verfügen wir und auch die Abgeordneten des Bundestages nicht über eine wissenschaftlich belastbare und öffentlich gut vermittelte Ausarbeitung von verschiedenen Optionen im Umgang mit dem Jahrtausende strahlenden Abfall, zwischen denen im langfristigen Umgang mit hochradioaktivem Atommüll politisch eine Wahl getroffen werden kann. Solange dies nicht geleistet ist, ist jeder Versuch illusionär - an welchen Standorten auch immer -, Akzeptanz bei Bürgerinnen und Bürgern zu finden, die sich ihr Grundrecht auf eine gesellschaftliche politische Willensbildung nicht nehmen lassen werden.

Die Kommission „Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ hat versucht, diesen Prozess der Entwicklung und Prüfung von Alternativen zu umgehen. Kommissionsbericht und StandAG vermitteln aber den Eindruck, es sei alles getan worden, den besten Weg für eine langfristige Lagerung insbesondere der hochradioaktiven Abfälle ermittelt zu haben. Das wäre jedoch nur der Fall, wenn andere Optionen der Lagerung mit der gleichen Intensität untersucht oder entwickelt worden wären wie die Tiefenlagerung. Schon jetzt ist deshalb erkennbar, dass hier über die Mitglieder der Kommission hinaus kein gesellschaftlicher Konsens erreicht wurde. Einen breit getragenen gesellschaftlichen Konsens brauchen wir aber, wenn wir ein atommüllpolitisches Konzept umsetzen können wollen, ohne in einer Sackgasse wie in Gorleben zu landen.

Von einer internationalen Umweltschutzorganisation, die sich seit Jahrzehnten weltweit mit dem Problem radioaktiver Abfälle beschäftigt, können die Abgeordneten des Deutschen Bundestages deshalb mehr erwarten, als mit vorgegebenem Tunnelblick einen von vornherein fehlerhaften Gesetzentwurf mit einem Kommissionsbericht zu vergleichen, dessen Ergebnisse der Problemstellung ebenfalls nicht annähernd gerecht werden.

Die bereits 2013 von Greenpeace aufgezeigten Fehler vom Anfang des Verfahrens setzen sich im Kommissionsbericht und in der geplanten Novellierung des StandAG fort. Sie machen einen erfolgsversprechenden Abschluss - sprich die „Gewährleistung der bestmöglichen Sicherheit“ (A Problem und Ziel) nahezu unmöglich.

³ Greenpeace, ausgestrahlt, BIU Lüchow-Dannenberg. Absage unserer Teilnahme an der geplanten Anhörung der Atommüllkommission am 3. November 2014. Hamburg/Lüchow, 28.10.2014.

⁴ Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe gemäß §3 Standortauswahlgesetz. Abschlussbericht K-Drs. 268.

⁵ Formulierungshilfe für einen aus der Mitte des Deutschen Bundestages einzubringenden Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des StandAG, vom Bundeskabinett am 21.12.2016 beschlossen.

2.1. Konstruktionsfehler: Keine Entwicklung und ausreichende Untersuchung von alternativen Lagerkonzepten zum seit 50 Jahren verfolgten Weg der tiefengeologischen Lagerung in 500-1000m Tiefe.

Kommission, Fachministerien und Behörden verdrängen systematisch Alternativen zum favorisierten Konzept der Tiefenlagerung. Stattdessen behaupten ihnen zuarbeitende Wissenschaftler, dass es einen "weitgehenden Konsens" über die gewählte Methode der Tiefenlagerung gäbe: Dieser bestehe darin, „dass ein Endlager benötigt wird, dass es bald möglichst benötigt wird, dass es ein nationales Endlager sein und dass es in tiefen geologischen Formationen liegen sollte.“⁶ Wie kann es einen „weitgehenden Konsens“ geben, wenn es keine weitgehenden Kenntnisse über die komplexen Alternativen gibt? Ohne Kenntnisse kann es auch keine gesellschaftliche Interpretation unterschiedlicher Lagermethoden geben und damit konnte bisher auch niemand zu einem "Konsens" kommen! Diesen Zusammenhang hat Reinhard Ueberhorst in seinem Plädoyer für eine „Demokratische Atommüllpolitik“ bereits kurz vor Beginn der Kommissionarbeit auf einer Tagung der Umweltverbände unter dem Titel „Atommüll ohne Ende“ skizziert.⁷

Die Kommission hat sich die erste und wichtigste Aufgabe, die gleichrangige Untersuchung von Alternativen und die Entwicklung von Fragestellungen, welche zu neuen Alternativen führen können, weder zu eigen gemacht, noch vorangetrieben.⁸ Dabei sind weltweit alle Tiefenlagerkonzepte entweder bereits gescheitert oder nach nur wenigen Jahren mit großen Problemen behaftet, welche erst in Tausenden von Jahren erwartet oder von vornherein gar nicht gesehen wurden. Selbst ein langjähriger Befürworter der tiefengeologischen Lagerung - ursprünglich mitverantwortlich für das Schweizer Suchprogramm -, der Züricher Geologe Marcos Buser, hat zuletzt im Juni 2016 in einer Greenpeace-Studie ein ernüchterndes Fazit zu den bisherigen Erfahrungen mit der Endlagerung radio- und chemotoxischer Abfälle im Tiefenuntergrund gezogen: "Die praktische Umsetzung des Konzepts der geologischen Tiefenlagerung mit Option auf Rückholbarkeit erscheint in der heute verfolgten Art und Weise zunehmend fragwürdig."⁹

⁶ Grunwald, A., Hocke, P. (Hrsg.). Wohin mit dem radioaktiven Abfall? Perspektiven für eine sozialwissenschaftliche Endlagerforschung, edition sigma, Berlin, 2006, S. 15. Der Autor der Konsensthese, Prof. Dr. Armin Grunwald war inzwischen Ko-Vorsitzender der AG 3 der Kommission und ist nun Mitglied im Nationalen Begleitgremium.

⁷ Reinhard Ueberhorst: Demokratische Atommüllpolitik – Was wäre das?, Berlin, 2014. <https://www.dnr.de/downloads/demokratische-atommuellpolitik-von-reinhard-ue.pdf>

Sämtliche Links zu Referentenbeiträgen dieser StandAG- und Kommissionskritischen Tagung wurden vom DNR inzwischen gelöscht. In aktualisierter Form veröffentlicht in: Georg Plate (Hrsg.): Forschung für die Wirtschaft 2015. Cuvillier, Göttingen, S. 209–252.

⁸ Die willkürlich bevorzugte Option der tiefengeologischen Endlagerung, wird noch nicht einmal im Lichte der Einwände diskutiert, die die US-amerikanische Wissenschaftlerin Shrader-Frechette schon 1993 systematisch in ihrem Buch „Burying Uncertainty. Risk and the Case against Geological Disposal of Nuclear Waste“ entwickelt hat. Vgl. Shrader-Frechette, Burying Uncertainty. Risk and the Case against Geological Disposal of Nuclear Waste, University of California Press, 1993.

⁹ Buser, M. (INA GmbH Zürich). Endlagerung radio- und chemotoxischer Abfälle im Tiefenuntergrund. Wissenschaftlich-technische, planerisch-organisatorische und strukturelle Schwachstellen - eine Beurteilung vier ausgewählter Fallbeispiele. Greenpeace e.V., Hamburg, Juni 2016.

Die Bezeichnung „Standortauswahlgesetz“ beweist die Verengung des Vorhabens auf die sekundäre Standortfrage. Dabei ginge es bei einer wissenschaftlich begründeten Vorgehensweise zuerst um Entwicklung und Beurteilung von verschiedenen Lageroptionen, um dann im Sinne einer gesellschaftlichen Verständigung die relativ beste Option für die Lagerung der hochradioaktiven Abfälle herauszufinden. Erst im Anschluss geht es auch um Standorte.

Vor dem Hintergrund einer gescheiterten Endlagerpolitik in der Bundesrepublik, die jahrzehntelang nur auf die eine Karte "Tiefenlagerung in Gorleben" gesetzt hat, erscheint die Vorstellung geradezu naiv, dass Bürgerinnen und Bürger in potentiellen Standortregionen sagen: „Ein tiefeingeologisches Endlager für diese radioaktiven Abfälle muss sein, zu klären ist nur noch, wie die Bürgerbeteiligung bei den entsprechenden Suchprozessen anzulegen ist.“ Stattdessen werden die Bürgerinnen und Bürger fragen: „Wie ist die Entscheidung für dieses Lagerkonzept und unseren Standort begründet und legitimiert? Was waren die anderen Optionen?“. Wer diese Fragen nicht zufriedenstellend beantworten kann, wird abermals am Protest der Bürgerinnen und Bürger scheitern. Greenpeace wird dabei - wie in der Vergangenheit in Gorleben – die kritischen Fragen an der Seite der Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Regionen stellen.

2.2. Ausgewählte Beispiele für Fehler innerhalb der vorgegebenen Verfahrensstruktur durch StandAG und Kommissionsbericht

Nur all zu leicht drohen die aufgezeigten "großen" Konstruktionsfehler des StandAG-Verfahrens im dichten Nebel der Bearbeitung der zahlreichen "kleinen Fehler" des vorliegenden Gesetzes und seiner geplanten Fortentwicklung zu verschwimmen. Greenpeace lässt sich deshalb nicht durch eine Vorgabe darauf beschränken, sich lediglich an einzelnen Punkten des Gesetzes ab zu arbeiten. Nichtsdestotrotz lässt sich die Tragweite der originären Konstruktionsfehler auch exemplarisch innerhalb der Logik des StandAG-Konstruktes an vielen Punkten aufzeigen. Deshalb seien hier einige Beispiele genannt. Eine ausführliche juristische Bewertung innerhalb der Logik des Gesetzentwurfes über diese Beispiele hinaus ist dieser Stellungnahme zusätzlich angehängt.¹⁰

2.2.1. Kontamination des gesamten Verfahrens durch die Benennung nur eines Standortes bei zeitgleich sachfremder Postulierung einer angeblich „weißen Landkarte“ ohne Vorfestlegungen: Gorleben.

Das vorliegende Gesetz zur Fortentwicklung des StandAG beweist die bereits 2012 von Greenpeace befürchtete Kontamination¹¹: Sämtliche Mindestanforderungen, Ausschlusskriterien und Abwägungskriterien sind an der Frontlinie der bereits vorhandenen geologischen Kenntnisse des Standortes Gorleben formuliert worden und zwar so, dass Gorleben bis zu einer endgültigen Standortentscheidung nicht ausscheiden kann.

§35 "Bestehender Erkundungsstandort" zeigt plakativ die ganze Widersprüchlichkeit der Argumentation von angeblich "weißer Landkarte" und der Sonderrolle Gorlebens. Entweder

¹⁰ Vgl. dieser Stellungnahme beiliegendes Anhangsdokument: Wollenteit, im Auftrag von Greenpeace e.V. Kritische Bewertung der Formulierungshilfe (...), Hamburg, 2.02.2017.

¹¹ Wollenteit, im Auftrag von Greenpeace e.V. Kurzgutachten zu der Frage, ob es zulässig wäre, im Rahmen eines Gesetzes zur Standortauswahl für ein Endlager den Standort Gorleben auszuschließen, im Auftrag von Greenpeace e.V. 7.02.2012.

es handelt sich wie in der Überschrift zu §35 bezeichnet um einen „bestehenden Erkundungsstandort“ oder die "Erkundung des Salzstocks Gorleben ist beendet", wie es in §35 Abs 2 Satz 1 wörtlich heißt. Von einer Gleichbehandlung Gorlebens mit allen anderen potentiellen Standorten kann jedenfalls nicht ernsthaft die Rede sein.

2.2.2. Keine Festlegung einer Mindestanzahl von gleichrangig zu untersuchenden Standorten (pro Wirtsgestein).

Zwar spricht das Gesetz von „einem vergleichenden Verfahren“ und „Standorten“ in der Mehrzahl. Ganz abgesehen davon, dass der Vergleich nur innerhalb der vorgegebenen Option der Tiefenlagerung erfolgt, schließt das Gesetz am Ende aber nicht einmal aus, dass es eben zu keiner gleichrangigen Untersuchung anderer Standorte verschiedener Wirtsgesteine außer dem bereits erkundeten Salzstock in Gorleben kommt und der Müll zwangsläufig dort landet, wo die Datenbasis am größten ist: eben in Gorleben.

2.2.3. Öffentlichkeitsbeteiligung im Stil der „Unterrichtung“ [§5 (1)]

Die Nutzung moderner Medienformate (Internet etc.) ersetzt keine Beteiligung von Bürgern in Entscheidungsprozessen im Sinne einer demokratischen Atommüllpolitik. Moderne Bürgerbeteiligung hat nicht zum Ziel, einmal getroffene Entscheidungen zu industriellen Großprojekten konfliktärmer durchsetzen zu können, sondern muss frühzeitig stattfinden und damit Einfluss auf das Ergebnis haben können. Im StandAG-Konzept organisiert die verfahrensführende Behörde die Öffentlichkeitsbeteiligung, entscheidet allein über die „Berücksichtigung“ von Stellungnahmen der so genannten Öffentlichkeit [§7 (1)] und dieselbe Behörde soll als einzige Institution das Verfahren, dem sie selbst vorsteht, evaluieren dürfen [§5 (2)].

Der Journalist Michael Bauchmüller (Süddeutsche Zeitung) fasst die Auswirkungen einer auf Akzeptanz ausgerichteten Beteiligung folgendermaßen zusammen: "Wenig lässt Widerstände so verlässlich entstehen, wie das Gefühl, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden. Nur eins ist schlimmer: Wenn Bürgern zuvor auch noch vorgegaukelt wurde, sie hätten mitreden dürfen."¹²

2.3. „Lernendes Gesetz“, „reversibel“, „Fehlerkorrektur“

Mit dem Argument eines sogenannten „lernenden Gesetzes“, das sich während der Verfahrensdauer in der Entwicklung befände und immer wieder angepasst würde, haben Vertreter sämtlicher Fraktionen und der Kommission bisher auf Kritik reagiert und Korrekturen für die Zukunft versprochen. In der Fortentwicklung des StandAG finden sich aber über schlichte Behauptungen in der Begründung hinaus, dass es sich um ein lernendes Verfahren handele und Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur notwendig seien, keine wirkungsvollen Elemente, die ein lernendes Verfahren ermöglichen würden.

Im Gegenteil:

- Das Gesetz zur Neuordnung der Organisationsstruktur im Bereich der Endlagerung vom 23. Juni 2016 hat zusammen mit dem Gesetz zur Neuordnung der kerntechnischen Entsorgung vom 16.12.2016 zu einer Konzentration sämtlicher Entscheidungskompetenzen beim

¹² <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/samstagsessy-unerhoert-1.3322616>

Bundesumweltministerium (BMU) und Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) und damit der jeweiligen Bundesregierung geführt.

- De facto ist der Bund Vorhabenträger, Aufsichtsbehörde und Gesetzgeber in einem Verfahren per Legalplanung.
- Die allgemeinen Sicherheitsanforderungen für ein Endlager können ohne Zustimmung der Länder, ohne Konsultation eines Begleitgremiums oder gar dialogorientierter gesellschaftlicher Beteiligung allein vom BMUB per Rechtsverordnung bestimmt werden (§37 Verordnungsermächtigung). Damit hat die Exekutive wie in der Vergangenheit in Bezug auf Gorleben die Möglichkeit, die grundlegenden Sicherheitsanforderungen an ein Endlager an die örtlichen Gegebenheiten eines politisch gewollten Standortes anzupassen.
- Das BfE entscheidet nicht nur über alle wichtigen Verfahrensschritte, sondern organisiert die Öffentlichkeitsbeteiligung über Regionalkonferenzen / Rat der Regionen und entscheidet danach über die Berücksichtigung der Ergebnisse.
- Das so genannte Nationale Begleitgremium verfügt ebenso wie die Regionalkonferenzen über keinerlei Rechte, die eine wirksame Fehlerkorrektur / einen Rücksprung in dem angeblich lernenden Verfahren gegenüber der verfahrensbestimmenden Behörde erlauben würden.

3. Handlungsempfehlung: Längerfristige Zwischenlagerung

Die logische Konsequenz einer bereits 2013 von Greenpeace empfohlenen Rücknahme des gesamten StandAG zugunsten eines tatsächlichen Neustarts in der Atommüllfrage ist nach wie vor geboten. Bundestagsabgeordnete können bei einer Frage, die über so lange Zeiträume die Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern betrifft, nicht ernsthaft in einer „Augen-zu-und-durch-Mentalität“ einer Entscheidung in Richtung Tiefenlagerung zustimmen, für die es keine nachvollziehbare Begründung gibt. Wenn eine Behörde mit den Kompetenzen des BfE innerhalb einer verabschiedeten, starren Verfahrensstruktur im Gesetzesrang einmal angefangen hat in nur eine Richtung zu arbeiten, entwickelt sich unweigerlich eine Eigendynamik, die selbst vom Parlament nur schwerlich zu kontrollieren ist. Diese Art Fehlentscheidungen haben in der Vergangenheit zu der Einlagerung von Atommüll in dem untauglichen Salzstock Asse und in die Sackgasse Gorleben geführt. Alle diese großen, später mit hohen Kosten korrigierten Entscheidungen waren Fehlern im Denken und in der Methodik der Politik geschuldet. Insbesondere dem Versäumnis, sich Alternativen bewusst zu machen und sie rational und demokratisch zu klären. Eine Wiederholung dieser Fehler kann nicht im Sinne des höchsten demokratischen Gremiums der Bundesrepublik sein.

Stattdessen kommt der Entwicklung und dem Bau von neuen, längerfristigen Zwischenlagern die höchste - Bedeutung zu, nicht zuletzt, um Zeit für Fehlerkorrekturen bei der Endlagersuche zu gewinnen. Deshalb beschränken wir uns bei der konkreten Handlungsempfehlung auf den Bereich der längerfristigen Zwischenlagerung.

Die überwiegende Mehrheit aller Experten geht inzwischen von wesentlich längeren Zeiträumen bei der Suche und Inbetriebnahme eines wie auch immer gearteten Endlagers aus, als sie der Zeitplan der Bundesregierung mit der geplanten Standortentscheidung im Jahr 2031 bzw. der Inbetriebnahme eines Endlagers im Jahr 2050 vorsieht. So führt die

Kommission mit Blick auf diesen Planungshorizont aus: "Angesichts von nach gegenwärtigen Erfahrungen plausiblen Zeitbedarfen (...) kommt man explorativ zu deutlich anderen Zeiträumen. (...) Die Inbetriebnahme (Beginn der Einlagerung der Abfälle) könnte erst für das nächste Jahrhundert erwartet werden, ein Verschluss erst weit in das nächste Jahrhundert hinein. (...) Das Verfahren wird sich über einen langen Zeitraum erstrecken, der deutlich über das Jahr 2031/2050 hinausreicht."¹³ □

□
Damit verlängern sich, unabhängig von der Option, ob eine langfristige Zwischenlagerung nicht grundsätzlich eine Alternative zur tiefeingeologischen Endlagerung sein könnte, die Zeiträume der Zwischenlagerung.

Es reicht deshalb nicht aus, darauf zu spekulieren, sämtliche Zwischenlager in der Bundesrepublik durch ein einziges Eingangslager am zukünftigen Endlagerstandort ersetzen zu wollen, da schon die Benennung eines Endlagerstandortes bis 2031 (Ablauf der ersten Zwischenlagergenehmigungen für 40 Jahre: 2034) mit großen Unsicherheiten behaftet ist und im Interesse der Sicherheit die bestehenden Zwischenlager sowieso vor diesem Termin ertüchtigt oder ersetzt werden müssen.

Da niemand heute sagen kann, wie sich die Überschreitung des bisher geplanten und genehmigten Zwischenlager-Zeitraums von 40 Jahren auf Stabilität und Integrität der Atommüll-Behälter und der in ihnen enthaltenen Brennelemente oder HAW-Kokillen auswirkt, sind neue Zwischenlagerbauwerke mit entsprechenden Wartungs- und Umverpackungseinrichtungen („Heiße Zelle“) nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik zu entwickeln und zu errichten.

Die neuen Zwischenlager müssen so ausgelegt sein, dass sie

1. für einen Zeitraum von mind. 100 Jahren dafür sorgen, dass der sicherheitstechnische Zustand der Behälter sich nicht verändert,
2. ein Mehrbarrierensystem gegen mechanische und thermische Einwirkungen besitzen,
3. die Behälter wirksam vor allen denkbaren Umwelteinflüssen schützen (Erdbeben, Überflutung, Feuer, Sturm, Starkregen etc.),
4. wirksamen Schutz vor terroristischen und kriegesischen Aktivitäten bieten,
5. die Möglichkeit zum Öffnen der Behälter zwecks Kontrolle, Instandhaltung und Reparatur bieten (so genannte „Heiße Zelle“).

Ob es sich dabei um stark verbunkerte Gebäude auf der Erdoberfläche wie in den Niederlanden oder um entsprechende Gebäude oberflächennah unter der Erde handelt, hängt u.a. jeweils von den regionalen Gegebenheiten ab und sollte Gegenstand von zügig zu initiiierenden Forschungsprojekten sein. Um ein Transportrisiko zu minimieren, plädieren wir für die Entwicklung entsprechender Zwischenlagerbauwerke an jedem Standort, an dem heute hochradioaktive Abfälle lagern.

¹³ Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe gemäß §3 Standortauswahlgesetz. Abschlussbericht K-Drs. 268. S. 245 ff.

Da auch die so genannte Endlagerung von schwach- und mittelradioaktiven Abfällen bisher ungeklärt ist und sich die Probleme an nahezu allen Zwischenlagerstandorten häufen, sind diese Abfälle in o.g. Überlegungen mit einzubeziehen.